

Präsidentschaftswahlen in Rußland: Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei

Derjabina, Marina Aleksandrovna

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Derjabina, M. A. (1996). *Präsidentschaftswahlen in Rußland: Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 34/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46304>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Präsidentenwahlen in Rußland: Das Wirtschaftsprogramm der Kommunistischen Partei

Zusammenfassung

Die wirtschaftliche Programmatik des Führers der Kommunistischen Partei Rußlands und Bewerbers um das Präsidentenamt, G. Sjuganow, läßt sich aus einer Reihe von Dokumenten entnehmen, die 1995 und 1996 publiziert wurden. Zwar hat sich die Wortwahl im Zeitverlauf sozialdemokratischen Positionen angenähert, doch sind die Inhalte unverändert geblieben: Es geht um eine Rückkehr zu sozialistischen Verhältnissen und nicht um eine Fortsetzung des Reformkurses. Die vorliegende Analyse stellt die programmatischen Zielsetzungen im einzelnen dar, die in den verschiedenen Stellungnahmen der KP und Sjuganows enthalten sind.

Die Entwicklung der wirtschaftlichen Programmatik der KPRF

Der Führer der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation (KPRF), Gennadi Sjuganow, erklärte im Februar 1996 in einem Interview, daß "eine linkszentristische Variante der Entwicklung der Ereignisse in Rußland unvermeidlich" und "für denkende Menschen absolut akzeptabel" sei. Dabei betonte der kommunistische Parteichef auch, daß, wenn die Geschäftskreise Rußlands dies nicht begreifen würden, sie sich auf sehr große Erschütterungen einstellen sollten.¹ Eigentlich ist damit alles Wesentliche gesagt, worauf der ökonomische Teil des kommunistischen Wahlprogramms aufbaut: auf der Rückkehr zu den grundlegenden sozialistischen Werten und auf der vollständigen Ablehnung all derer und all dessen, was dabei stört.

Die ökonomischen Programmpunkte der russischen Kommunisten sind in einer Reihe von Parteidokumenten konsequent entwickelt worden: im Programm der KPRF (verabschiedet vom III. Parteitag der KPRF am 22.1.1995), im Wahlprogramm der KPRF "Für unser sowjetisches Vaterland" (bestätigt von der Allrussischen Konferenz der KPRF am 22.8.1995), in der Rede des kommunistischen Parteichefs auf der 4. Allrussischen Konferenz der KPRF (Februar 1996), auf der die Hauptprinzipien des kommunistischen Programms für die Präsidentenwahlen im Juni 1996 erstmals formuliert worden sind, und schließlich im Wahlprogramm Sjuganows bei seiner offiziellen Kandidatur für das Präsidentenamt "Rußland, Vaterland, Volk!" (veröffentlicht im März 1996).

Die Analyse dieser Dokumente sowie einer Reihe von Reden und Interviews der kommunistischen Parteispitze ermöglicht es, eine bestimmte Entwicklung der Programmpunkte festzustellen, allerdings eher der Form als dem Inhalt nach. Vom Programm der KPRF bis zum Wahlprogramm Sjuganows sind die

¹ Kommersant, 5, 1996, S. 19.

Formulierungen milder geworden und es wird nun ein sozialdemokratischer Wortschatz verwendet, aber am Sinn einer unversöhnlichen Konfrontation mit "den Demokraten", vor denen Rußland gerettet werden muß, hat dies nichts geändert. Es ist bezeichnend, daß kein Dokument ein klares Wirtschaftsprogramm, eine ökonomische Analyse des heutigen Zustands Rußlands und fundierte Prognosen für die Zukunft enthält. Eigentlich benötigen die Kommunisten sie in dieser Etappe des politischen Prozesses auch nicht. Es entsteht der Eindruck, daß die KPRF zur Zeit einfach keine wirklich gute, wirtschaftskundige Mannschaft hat, die imstande wäre, eine ernstzunehmende und realistische Konzeption der Wirtschaftsentwicklung auszuarbeiten

Allerdings sollte die geschickte Auslese sozialpolitischer Losungen und Aufrufe, die an das übliche gesellschaftliche Bewußtsein des postsozialistischen Rußländers appellieren, nicht unterschätzt werden. Neben den Schwierigkeiten des Alltags erwies sich für die kommunistische Wählerschaft ebendiese Fähigkeit der KP, Kategorien ins Spiel zu bringen, die verständlich, gewohnt und für den Großteil der Bevölkerung bis vor kurzem noch sehr zuverlässig waren, als für den Sieg bei den Staatsdumawahlen im Dezember 1995 entscheidend. Danach entstand in der KPRF die Überzeugung, auch bei den Präsidentschaftswahlen im Jahr 1996 gewinnen zu können, vor allem mit Hilfe von Losungen und vertrauten Formulierungen.

Gerade das Vertraute und Verständliche der Losungen macht, wie G. Sjuganow in einem Interview sagte, für "viele begabte Menschen" die Kommunisten attraktiv. Und der durchschnittliche Rußländer mittleren Alters, durch die jahrzehntelange Herrschaft der Kommunistischen Partei an das Gehaltlose, Demagogische der Programme in Form von Losungen gewöhnt, sieht in den vertrauten Formulierungen weder für sich noch für die Jugend Gefahr. Im Prinzip ist die Bevölkerung durch die Aussagen der Kommunisten über die Notwendigkeit des Kampfes mit dem Profitgeist, mit Schiebergeschäften, mit der Kompradoren-Käuflichkeit und der Unterwerfung unter ausländisches Kapital einerseits und durch die Aufrufe, dem Volk das durch Betrug weggenommene Eigentum zurückzugeben und das Land an diejenigen zu verteilen, die darauf arbeiten, andererseits wenig beunruhigt, ja diese Erklärungen imponieren ihr sogar. Wenn das alles vor dem Hintergrund großzügiger Versprechungen, allen alles zu geben, deklariert wird, wird die potentielle Gefahr der Programmpunkte auf die Stufe völlig harmloser und gerechtfertigter Erklärungen abgemildert. Trotzdem spricht eine Analyse der erwähnten Programmdokumente für ganz bestimmte Absichten der KP im Falle ihres Sieges bei den Präsidentschaftswahlen, die nicht auf eine friedliche Fortsetzung des Reformkurses, selbst in korrigierter Form, hoffen lassen.

Der heutige Zustand der Wirtschaft Rußlands aus der Sicht der KPRF und die strategischen Ziele und Etappen ihres Wirtschaftsprogramms

Das Programm der KPRF beginnt mit den Worten: "Rußland steht am tragischen Scheideweg". Die "harte Systemkrise" wird mit dem Versuch, das Land mit Gewalt zum primitiven Kapitalismus zurückzubringen, erklärt. Die KPRF meint, daß "der grundsätzliche Streit zwischen Sozialismus und Kapitalismus historisch noch nicht beendet" sei. Die Gründe für die Wirtschaftskrise werden also darin gesehen, daß ein veralteter Typ der Entwicklung von Produktivkräften, der stabiles Wachstum ausschließt, als Muster gewählt worden sei. Die wichtigste materielle Grundlage des unumgänglichen Anbrechens von Sozialismus sei die Vergesellschaftung der Arbeit und die treibende Kraft des sozialökonomischen Fortschritts "war und bleibt die Arbeiterklasse". Davon ausgehend, sieht das Programm der KPRF drei Etappen der Überwindung des heutigen Krisenzustands vor¹:

- die Schaffung einer Regierung der nationalen Rettung, die folgendes tun soll: die katastrophalen Folgen der "Reformen" beseitigen, den Produktionsrückgang stoppen, die wichtigsten sozialökonomischen Rechte der Werktätigen absichern, die Selbstverwaltung und Kontrolle der Arbeitskollektive in Gang setzen, das Eigentum, das "entgegen den gesellschaftlichen Interessen

¹ Pravda, 31.1.1995.

in Besitz genommen wurde", an das Volk zurückgeben und unter Staatskontrolle stellen. Vorerst ist die Beibehaltung der *ökonomischen Vielfalt* zulässig.

- Ist die politische und wirtschaftliche Stabilität erreicht, können die Werktätigen über die Sowjets, die Gewerkschaften und die Arbeiterselbstverwaltung stärker an der Staatsverwaltung beteiligt werden. In der Wirtschaft wird sich die *führende Rolle von Formen der sozialistischen Wirtschaftsführung* durchsetzen.
- Endgültige Herausbildung sozialistischer Beziehungen an der ökonomischen Basis, *Dominanz gesellschaftlicher Eigentumsformen an Produktionsmitteln*, Bestätigung der *Vorherrschaft dieser Formen in der Wirtschaft*.

Sjuganows Wahlprogramm enthält solche globalen Zielsetzungen nicht, sie ist pragmatischer.¹ Nach der Feststellung, daß die Macht im Staat "den Kompradoren" gehöre, die eine "verschwindende Minderheit" seien, meint der Chef der Kommunisten, daß "wirkliche, für das Land lebenswichtige Reformen noch immer nicht begonnen haben." Er schlägt vor, "das Regime der 'Demokraten' nach seinen Taten zu richten": dem ungeheuer großen Produktionsrückgang, insbesondere in den Branchen, die die wissenschaftlich-technische Unabhängigkeit des Staates sichern (um das 5-6fache), dem Investitionsrückgang (um das 4fache) und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die Erfolge der Reform hingegen - Verringerung der Inflation und des Haushaltsdefizits - findet er zweifelhaft, da die Löhne nicht ausgezahlt würden, die Binnen- und Außenverschuldung zunehme, "die Taschen des Volkes leer sind", und einheimische Produzenten die Verbrauchernachfrage nur zu 20% abdecken würden.

Nach dem Machtantritt (Sieg bei den Präsidentschaftswahlen 1996) setzt sich die KPRF folgende Aufgaben (insgesamt 11 Punkte):

- Organe der Volksherrschaft wiederherzustellen (Sowjets, Volkskontrolle über Produktion und Einkommen);
- den Wirtschaftskurs ändern: Sofortmaßnahmen, um den Produktionsrückgang zu stoppen, die Inflation zu bekämpfen und den Lebensstandard zu erhöhen;
- den Bürgern das verbürgte Recht auf Arbeit, Erholung, Wohnung, kostenlose Ausbildung und medizinische Versorgung sowie einen gesicherten Lebensabend zurückzugeben;
- für Entwendung von Eigentum, Korruption, Spekulationsgeschäfte mit Ressourcen härtere Strafmaßnahmen einzuführen;
- eine unabhängige Außenpolitik durchzuführen und die internationalen Verträge und Abkommen zu annullieren, die die Interessen Rußlands schmälern;
- ein staatliches Außenhandelsmonopol auf Waren strategischer Bedeutung - Rohstoffe, Nahrungsmittel und Konsumgüter - einzuführen;
- das Ansehen von ehrlicher Arbeit und Kollektivismus wiederzubeleben;
- die Verbreitung des Westlertums, des Amerikanismus sowie des Profit- und Egoismuskults zu unterbinden.²

Mit all diesen Aufgaben wird sich die Regierung des nationalen Vertrauens befassen, die gegenüber den höchsten Vertretungsorganen rechenschaftspflichtig ist.

In den programmatischen Zielsetzungen der KPRF sind die Aufgaben "der Partei des werktätigen Volkes, der sozialen Gerechtigkeit und des Patriotismus" enthalten. Dazu zählen für die KPRF durchaus konkrete Ziele: Senkung der Preise für Lebensmittel und Waren des täglichen Bedarfs, Unterbindung der Ausplünderung von Volkseigentum, Nationalisierung oder Konfiszierung von illegal angeeignetem Besitz; Abschaffung von Arbeitslosigkeit und Durchführung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen; staatliche Kontrolle von Geschäftsbanken, Stiftungen, Kredit- und Finanzeinrichtungen, die Übertragung

¹ Sovetskaja Rossija, 19.3.1996.

² Siehe auch Sovetskaja Rossija, 14.3.1996.

von Valutatransaktionen an Staatsbanken; Protektionismus gegenüber einheimischen Produzenten, staatliche Unterstützung für den militärisch-industriellen Komplex, rigorose Bekämpfung der Kapitalflucht ins Ausland; Reformierung der Steuerpolitik zwecks Stimulierung von Investitionen und Effizienz der Bodennutzung; Verabschiedung eines Bodengesetzes mit Kauf-/Verkaufsverbot; staatliche Unterstützung der Agrar-Industrie-Komplexe, Erzielung einer Preisparität für Industrie- und Agrarprodukte.

All dem Erwähnten fügt das Mindestprogramm noch hinzu: Vorbeugung gegenüber jeder Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, Anpassung der Mindestlöhne, Renten und Beihilfen an das tatsächliche Existenzminimum, Kompensierung der Sparguthaben der Bevölkerung, die infolge der Preisliberalisierung verlorengingen, und progressive Besteuerung von überdurchschnittlich hohen Einkommen und Vermögen.

Im Wahlprogramm G. Sjaganows wird ein "großes Defizit an Zeit und Ressourcen" unterstrichen und werden sieben ganz konkrete Richtlinien, die ökonomische und sozialpolitische Ziele vereinbaren, formuliert, zu deren Umsetzung "alle Kräfte herangezogen" werden.

1. Dem Aussterben Rußland Einhalt zu gebieten. Dafür sind die oben erwähnten sozialen Maßnahmen vorgesehen: Recht auf Arbeit, Höhe der Löhne und Renten, Kompensierung der Sparguthaben.
2. Den Familien helfen, indem Mutter und Kind entsprechende materielle Unterstützung erhalten.
3. Einheimischen Warenproduzenten jeder Eigentumsform Vorteile verschaffen. Produktionswachstum durch Reformierung der Steuer-, Kredit- und Zollpolitik sowie durch großangelegte Staatsaufträge und Investitionen stimulieren. Dort, wo es notwendig ist, Maßnahmen direkter staatlicher Regulierung vornehmen.
4. Das Bauerntum dadurch unterstützen, daß kollektiven und Farmerwirtschaften gleiche Bedingungen der Bodenbewirtschaftung "auf der Grundlage von erarbeitetem Eigentum der Bauern" (Pacht, lebenslängliche und ererbte Nutzung), allerdings ohne Kauf- oder Verkaufsrecht auf Grund und Boden, gewährleistet werden. Preisparität für Industrie- und Agrarprodukte sichern.
5. Das wissenschaftlich-technische und kulturelle Potential des Landes retten: staatliche Soforthilfe für den militärisch-industriellen Komplex, die Grundlagenforschung, Bildung und Kultur. Den "brain drain" ins Ausland verhindern.
6. Das Finanzsystem konsolidieren, die Rubelstabilität mit dem gesamten potentiellen Reichtum Rußlands - Gold, Diamanten, Erdöl, Gas, Eisen- und NE-Metalle - garantieren. Dafür das Recht auf Grund und Boden sowie Bodenschätze, Wälder, Gewässer und den Kontinentalschelf als staatliches Volkseigentum wiederherstellen. Außenhandelsmonopol des Staates für Bodenschätze und Waren von strategischer Bedeutung einführen.
7. Die Eigentumsverhältnisse demokratisieren. Die wichtigsten Zweige in der Industrie, Energetik, im Verkehrs- sowie Post- und Fernmeldewesen zwecks stabiler Entwicklung und Sicherheit in staatlicher Hand belassen. Gemischte Wirtschaft und das Recht auf staatliche Unterstützung aller Eigentumsformen gewährleisten.

Einzelne Fragen des Wirtschaftsprogramms der KPRF

Der Kommunistenchef äußert sich als offizieller Präsidentschaftskandidat zu den Schlüsselfragen der Wirtschaftsentwicklung nach dem Machtantritt der KPRF.

Beschlußfassung: Im Interesse "der Handlungsfreiheit" sollte immer aus mehreren Varianten gewählt werden. Extreme bei der Lösung wichtiger Fragen sind unzulässig (z.B. entweder Privatisierung oder Nationalisierung). Wenn die privatunternehmerischen Strukturen diese "Spielregeln" sehen, werden sie diese unbedingt unterstützen.¹

¹ Kommersant, 5, 1996, S. 18-19.

Der Staat: Die Modernisierung gigantischer Systeme kann "nur teilweise, unter Beibehaltung einer zuverlässigen Verwaltung" durchgeführt werden. Deshalb ist bei den Reformen weder eine scharfe Kehrtwende "nach links noch nach rechts" zulässig. Im Prinzip ist die KPRF gegen nichtökonomische Zwangsmethoden, wenn es aber zum Hungern, Frieren und Verfall kommt, "dann ist das etwas anderes".

Über Planung: Es ist nicht einfach nur Planwirtschaft, sondern eine kompetente und kluge Prognostizierung notwendig. Aus japanischen Erfahrungen könne der Schluß gezogen werden, daß die wichtigste Abteilung im Regierungsapparat die Wirtschaftsplanungsabteilung sei. "Die Demokraten" in Rußland hätten nicht nur auf die Planung verzichtet, sondern auch auf die Prognostizierung. "Die nächste Regierung wird auf jeden Fall zur Indikativplanung, Prognostizierung und den entsprechenden Methoden der staatlichen Regulierung zurückkehren".

Das Budget: Bei der Steuerpolitik, wie sie "die Demokraten" durchführten, werde es in der Staatskasse nie Geld geben. Alle, außer Gaunern, seien sich einig, daß man nicht unendlich lange vor Steuern fliehen könne. Und wenn die Armee und Miliz weiterhin so bezahlt würden, werden sie "die Sache selbst in die Hand" nehmen. Selbst der Innenminister sei empört gewesen, wohin die Einnahmen gingen. Deshalb müsse das Verantwortungsgefühl für die Entrichtung von Steuern geschärft werden, dann würde es auch Geld in der Staatskasse geben.

Besonders scharf werden Probleme *des Eigentums und der Privatisierung* diskutiert. G. Sjuganow spricht im Unterschied zum Programm der KPRF nicht mehr von der absoluten Dominanz des staatlichen Volkseigentums. (Die Kommunisten sehen keinen Unterschied zwischen Volks- und Staatseigentum.) Er spricht von einer gemischten Wirtschaft mit einer nur Rußland eigenen Relation der verschiedenen Formen. Diese Relation müsse noch gefunden werden. Aber eines stehe zweifelsfrei fest: Zwei Drittel der Gebiete fielen unter die Kategorie "nördliche Gebiete", wo es "keine nichtregulierten Verhältnisse geben wird". Im Prinzip werde der Staat alle Warenproduzenten unterstützen, unabhängig von der Eigentumsform.

Die Privatisierung ist nach den Worten eines der führenden Parteigenossen, W. Kupzow, "das größte strategische Fiasko der Machthaber". Es sind in der Tat viele Anklagepunkte: unkontrollierter Verkauf von Staatseigentum, Schwachpunkte bei der Verwaltung der staatlichen Aktienpakete und Anteile, direkte Ausplünderung von Staatseigentum, Nichtprofessionalität von Personen und Strukturen, die sich mit der Privatisierung befassen, usw. Auf Anregung von Kommunisten sind zwei parlamentarische Kommissionen zur Überprüfung der Privatisierungsergebnisse gebildet worden.¹ Das Komitee der Staatsduma für Eigentum befaßt sich mit einem Gesetzentwurf über Nationalisierung, der von der Fraktion der Kommunisten vorgelegt wurde. Die Gesetzesvorlage gestattet im Prinzip, Privatisierungsergebnisse jeder Größenordnung rückgängig zu machen: wegen verminderter Effizienz und langwieriger Unrentabilität der privatisierten Betriebe (dieses Kriterium könnte ohne weiteres auf 80% der russischen Betriebe angewendet werden), wegen drohender Massenarbeitslosigkeit, wegen der Absicht, die Einheit großer Produktions- und Wirtschaftskomplexe zu erhalten, wegen der Notwendigkeit, die Verteidigungsfähigkeit des Landes und seine ökonomische Sicherheit (insbesondere bei einem Vorrücken der NATO in den Osten) zu festigen, und schließlich einfach auf Bitte der Belegschaft. Wie zu erkennen ist, werden die Programmvorgaben der KPRF doch in konkrete Aktivitäten umgesetzt.²

¹ Segodnja, 17.2.1996.

² Kommersant, 3, 1996, S. 15.

Potentiellen Konfliktstoff enthalten auch die Programmpunkte über die Preisparität für Industrie- und Agrarprodukte, das Kauf- und Verkaufsverbot für Grund und Boden, die Festigung der regulierenden Rolle des Staates in der Wirtschaft, das staatliche Außenhandelsmonopol, die Indexierung der Sparguthaben der Bürger, die Anpassung von Löhnen, Renten und Beihilfen an das Existenzminimum.¹

Das begreifen auch die Kommunisten. Im Wahlprogramm der KPRF heißt es, daß es keine Wunder gebe und für die Wiederherstellung einer zerstörten Wirtschaft "unter jeder Regierung der Gürtel enger geschnallt werden muß". Die wichtigsten sozialökonomischen Versprechungen werden die Kommunisten bei Machtantritt wohl erfüllen müssen. Dies wird zwangsläufig zum Inflationsanstieg und die Festigung staatlicher Regulierung in der Form, wie sie die Erklärungen im Programm der KPRF vorsehen, zur Rückkehr des Mangels auf den Verbrauchermarkt führen. Auch sind große Konflikte unvermeidlich, wenn die Privatisierungsergebnisse revidiert werden sollten.

Die Schlußfolgerung liegt auf der Hand: Entweder die Kommunisten revidieren (offen oder heimlich) ihr Programm, oder sie werden im Gegensatz zum Programm handeln (um so mehr, als dem Programm kein großer Einfluß auf die Überzeugungen der Bürger nachgesagt werden kann), oder aber Rußland stehen neue gesellschaftliche Erschütterungen bevor.

Marina Derjabina

Die Verfasserin ist Abteilungsleiterin am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

Redaktion: Roland Götz

Übersetzung: Ivan Boldyrev/Olga Löwen

¹ Izvestija, 29.3.1996.